

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt  
Riefaer Tageblatt  
Herausg. Nr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen befähigterseits bestimmtes Blatt.

Vertriebskonte:  
Dresden 1580.  
Vertrieb:  
Riefa Nr. 22.

Nr. 226.

Freitag, 27. September 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Fortfalls von Produktionserzeugnissen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamizeile 100 Gold-Pfennige; jeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Einmaliger Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge "Sagler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Gostelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. H. G. Reichgraber, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riefa.

## Der Wiener Regierungswechsel.

Es wäre gut, wenn all die politischen Aufregungen, unter denen das kleine Österreich nun schon seit Jahr und Tag schwer leidet, durch den Kabinettswechsel erledigt werden könnten. Auf alle Fälle ist durch ihn zunächst einmal eine Ablenkung geschaffen und gibt den Gemütern Gelegenheit, sich zu beruhigen. Der Name Schöber löst nach allen Seiten hin einen gewissen Respekt ein. Links wie rechts traut man ihm etwas zu. Der seitherige Kanzler Streeruwitz kam nicht aus der Politik, sondern aus der Wirtschaft. Aber Wirtschaftsführer sein ist immer noch etwas anderes, als politischer Führer sein. So wichtig die wirtschaftlichen Fragen für jeden Staat sind, so sind sie doch nicht die einzigen. Gerade an dem österreichischen Beispiel kann man in dieser Beziehung Studien machen. Die Kanzlerschaft des Wirtschaftsführers endete mit einer wirtschaftlichen Panik, mit einem Sturm des Publikums auf die Sparmassen. Der Kampf um die Verfassung und die Drohungen der Heimwehr beunruhigten das Leben in Österreich von der politischen Seite her derartig, daß auch die Wirtschaftslage davon erschüttert wurde, obwohl sie in sich selbst eigentlich gar keinen Anlaß zu besonderer Beunruhigung bot. Die Politik bezeichnet eben doch immer wieder den übergeordneten Begriff, unter den die Wirtschaft als ein zwar wichtiges, aber doch immer auch abhängiges Gebiet untergeordnet werden muß. Wo man die Wirtschaft an die oberste Stelle setzen will, fallen wesentliche Teile der Politik leicht der Vernachlässigung anheim und bilden Ausgangspunkte von allerhand Schwierigkeiten und Gefahren. Der neue Kanzler wird durch das Vertrauen der politischen Parteien an seinen Posten gestellt. Er selbst ist nicht Parteimann, aber er ist Politiker. Er hat schon einmal in besonders schwieriger Lage 1921 das Amt des Bundeskanzlers geführt. Die kurze Zeit seiner Tätigkeit genügte, um ihm Ansehen im In- und Auslande zu verschaffen. Im übrigen hat er als Wiener Polizeipräsident für Ruhe und Ordnung gesorgt. Er kam dadurch in den schweren Konflikt mit der Sozialdemokratie, als seine Polizei am 15. Juli 1927 anlässlich der Brandstiftung im Justizpalast mit furchtbarer Schärfe nicht nur gegen die Demonstranten, sondern auch gegen offensichtlich unbeteiligte Publikum vorging. Man konnte aber für die bei jener Gelegenheit ungewisselhaft vorgekommenen Mißgriffe genötigt nicht ihm allein verantwortlich machen. Der Sicherheitsinspektor, der das Kommando damals führte, wurde inzwischen seines Amtes enthoben. So sind auch die Beziehungen zwischen Schöber und der Arbeiterchaft allmählich wieder korrekter geworden. Sein Name bedeutet auch nach dieser Seite hin keine Provokation mehr.

Interessant ist, daß in Wien die Außenminister der Kleinen Entente zu einer besonderen Konferenz über die österreichische Frage zusammentraten. Sie waren sich in ihren Anschauungen nicht einig. Die einen, namentlich die Militärs, rechnen bestimmt mit einem Heimwehrevolte in 3-4 Monaten. Der ruhigere Bemerk aus der benachbarten Tschechoslowakei glaubt an sachliche Verständigung zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Auch über die militärische Bedeutung der Heimwehr gingen die Anschauungen auseinander. Die Militärs halten sie für die stärkere Partei, weil sie unter Führung sachkundiger Offiziere steht. Man nimmt an, daß Italien die Heimwehr unterstützen wird, um mit ihrer Hilfe auch in Österreich eine faschistische Regierung zu bekommen, mit der sich politische Geschäfte machen lassen. Das alles sind natürlich nur Konstruktionen, bei denen vielfach der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Immerhin zeigt diese Konferenz der Kleinen Entente, daß in Österreich alles auf dem Spiele steht und wie bedenklich intensiv auch das Interesse des Auslandes für die österreichische Innenpolitik ist. Die Rettung für Österreich kann nur sein, daß es auch mit den Fragen seiner Verfassungsreform auf dem Boden der Gerechtigkeit bleibt. Jegendeln Gewalttätigkeit von der einen oder der anderen Seite müßte katastrophale Folgen nach sich ziehen. In der Hauptsache gespalten ist die sozialdemokratische Arbeiterchaft einerseits, in die Christlichsoziale Partei andererseits, mit Österreich verbunden, diese beiden Hälften seiner Bevölkerung auf dem Wege des Kompromisses politisch zu verhandeln. Undenkbar wäre eine dauernde Unterdrückung der einen Hälfte durch die andere. Das würde zu Rebellionen führen, deren sich die Nachbarn Österreichs nur gar zu gern zur Einmischung bedienen würden. Auch vom deutschen Standpunkt aus muß man dringend wünschen, daß die Regierung Schöber mit der friedlichen parlamentarischen Methode durchkommt. Denn Österreich ist nun einmal ein deutsches Land, und die künstlich gezogene Grenze ändert nichts daran, daß das Schicksal der österreichischen Deutschen immer auch ein Stück deutsches Schicksal sein wird.

## Von den Elstern im französischen Meer.

Eine Beschwerde des Autonomisten Pank. Straßburg, (Telunion.) Der Kolmarer autonome Abgeordnete Pank hat den französischen Kriegsminister Bainlevé brieflich darauf hingewiesen, daß nennigsten den Elstern im französischen Meer Schwierigkeiten bereitet würden, wenn sie unter sich ihre deutsche Mutter Sprache gebrauchten. In einzelnen rheinischen Garnisonen hätten französische Offiziere unter Androhung schwerer Strafen den elstischen Soldaten verboten, außerhalb des Dienstes den elstischen Dialekt zu gebrauchen oder ihre deutschen Lieber zu sagen. Der Abgeordnete Pank fordert den Kriegsminister auf, anzuordnen, daß ein solcher Mißbrauch der Strafwelt sich nicht mehr wiederholen soll.

## Das neue österreichische Kabinett.

Wien. Vor nicht bestrittenem Haus und fast gefüllten Galerien machte Präsident Wirtler in der gestrigen Sitzung des Nationalrats Mitteilung von der Demission der Regierung. Die Sitzung wurde hierauf bis 6 Uhr unterbrochen. Um 5 Uhr trat der Hauptauschuss zusammen, um über die Zusammensetzung der neuen Regierung zu beraten.

Wien. Der Hauptauschuss hat beschlossen, dem Nationalrat folgenden Vorschlag für die Wahl der neuen Bundesregierung zu erstatten: Bundeskanzler Polizeipräsident Schöber, Vizekanzler und Minister für Heereswesen Vaugoin, Justizminister der bisherige Justizminister Dr. Glama, Minister für soziale Verwaltung Universitätsprof. Dr. Theodor Jungfer, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft der bisherige Minister Höbermayer, Minister für Handel und Verkehr der frühere Bundespräsident Dr. Michael Gernik.

Der bisherige Vizekanzler Schumy wird das Ressort des Inneren übernehmen. Mit der Leitung der Ministerien für Finanz und Unterricht soll einweilen Bundeskanzler Schöber betraut werden, bis die hierfür in Aussicht genommenen Persönlichkeiten ermittelt werden können.

Wien. Der Nationalrat, der um 6 Uhr abends die unterbrochene Sitzung wieder aufnahm, genehmigte mit 94 Stimmen der Christlich-Sozialen, Großdeutschen und des Landbundes gegen 69 Stimmen der Sozialdemokraten den Wahlvorschlag des Hauptauschusses, womit die neue Regierung in der bereits gemeldeten Zusammensetzung gewählt erscheint.

Hr. Dr. Seipel erklärte als Berichterstatter, die Betrauung des Bundeskanzlers mit der Leitung der Ministerien für Unterricht und Finanzen sei nur eine zeitweilige, weil der Bundeskanzler noch nicht in der Lage gewesen sei, mit den für die definitive Besetzung der beiden genannten Ministerien auszuwählenden Persönlichkeiten in Verbindung zu treten. Heute um 11 Uhr vormittags wird sich die neue Regierung dem Hause vorstellen und Bundeskanzler Schöber die Regierungserklärung abgeben.

Wien. Bundespräsident Wirtler hat die Vereidigung

der in Wien anwesenden Mitglieder der neuen Regierung noch in vorgerückter Abendstunde vorgenommen.

### Günstige Aufnahme

#### des neuen österreichischen Kabinetts.

Wien. Das gestern vom Nationalrat gewählte Kabinett Schöber findet in der gesamten bürgerlichen Presse eine außerordentlich günstige Aufnahme. Alle Blätter betonen, daß in der Auswahl der Mitglieder der eigene Wille des Bundeskanzlers zum Ausdruck komme, Männer vom Rang um sich zu versammeln, die dem parteipolitischen Getriebe nach Möglichkeit entsprechend, durch ihre Persönlichkeit die Gewähr geben, daß sie die Österreich bevorstehenden schweren Aufgaben auf dem Boden der Legalität und Staatsautorität erfüllen werden. Auch der linksgerichtete Tag ist mit der Zusammensetzung der neuen Regierung einverstanden, nur die Arbeiterzeitung lehnt sie ab.

### Zwei Wiener Heimwehr-Rundgebungen.

Wien. (Telunion.) Die Wiener Heimatwehr hatte für Donnerstag abend zwei Versammlungen einberufen, die von ungefähr 3000 Personen besucht waren. Ueber die neue Regierung erklärte Major Jen, die Namen Schöber und Vaugoin verträgen sich, daß es nicht darauf ankomme, ob alle übrigen Kabinettsmitglieder der Heimwehr genehm seien. Die Heimwehr erwarte, daß diese beiden Männer das Werk, das die Heimwehr begonnen habe, mit ihrer Hilfe fortführen, nämlich die Befreiung Österreichs vom Autokratismus. Die Heimwehr werde nicht dulden, daß die Absichten der neuen Regierung verwässert werden und daß Verhandeln im Parlament wieder beginne. Sie erwarte, daß die Regierung einen neuen Verfassungsentwurf in der kürzesten Zeit einbringt, und daß dieser so beschaffen ist, wie sich die Heimwehr die Verfassungsreform vorstelle, und nicht, wie sich die Sozialdemokraten ihn denken. Die Heimwehren, die heute in der Provinz distillierten und in Wien vor der roten Hochburg, dem Rathaus händeln, würden nicht früher nachgeben, bis der neue wirkliche Volksstaat Österreich geschaffen sei.

## Hausfriedensbruch, Bedrohung und Nötigung im neuen Strafrecht.

Der Strafrechtsausschuss des Reichstages erledigte am Donnerstag zunächst den Abschnitt Hausfriedensbruch im neuen Strafrecht. Das Neue am § 277 des Entwurfs ist die Einbeziehung von Schiffen, Luftfahrzeugen, Kirchen und Friedhöfen, Geschäftsräumen, Höfen und Gärten, also eine erhebliche Ausdehnung des gegen den Hausfriedensbruch zu schützenden "umfriedeten Raumes". Die Spezifizierung des Begriffs über das bisherige Maß und die von der Regierung schon durchgeführte Einbeziehung der Schiffe hinaus, ist vom Ausschuss mit Mehrheit beschlossen worden. In der Fassung des Entwurfs wurde § 278 angenommen, der die Bedrohung betrifft und für die Bedrohung mit einem Verbrechen Gefängnis bis zu einem Jahre bzw. Geldstrafe androht. Bedrohung ist Antragsdelikt. Die Strafen für den Hausfriedensbruch bleiben mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bzw. Geldstrafen gegen den Widerspruch der Linksparteien, die geringere Maße festsetzen wollten, bestehen. Dagegen ist die Strafbefreiung für Bedrohung von bisher einem halben Jahr Gefängnis höchstens auf ein ganzes Jahr gesteigert worden.

Im § 279, der die Nötigung behandelt, die sich von der Erpressung dadurch unterscheidet, daß sie auch dann strafbar ist, wenn der mit ihr verfolgte Zweck berechtigt erscheint, wurde die Justizhausstrafe für besonders schwere Fälle gestrichen. Die Linksparteien hatten darauf hingewiesen, daß dieser Paragraph oft zur Verfolgung von Streikposten herangezogen werde. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Versuch der Nötigung straflos zu lassen, wurde ebenso abgelehnt, wie bei § 280, der die schweren Nötigungsfälle erfaßt, ein Antrag der gleichen Fraktion auf Befreiung der Höchststrafe auf ein Jahr. Dagegen fand ein demokratischer Antrag Annahme, die Gefängnisstrafen für Nötigung auf zwei Jahre im Höchstmaß zu beschränken. Die Strafbarkeit des Versuches und die Justizhausstrafe wurden abgelehnt.

Eine Neuerung gegenüber dem geltenden Strafrecht bringt § 281, der sich gegen eigenmächtige Heilbehandlung wendet und dabei mit Gefängnis bis zu drei Jahren bzw. Geldstrafe denjenigen bedroht, der jemanden gegen dessen Willen zu Heilwunden behandelt. Auch ein approbierter Arzt soll in gleicher Weise bestraft werden, der gegen den Willen einer Schwangeren eine ärztlich gebotene Unterbrechung der Schwangerschaft oder Abtötung eines in der Geburt begriffenen Kindes vornimmt. Der Versuch soll strafbar sein, jedoch soll keine Bestrafung für den Arzt eintreten, wenn es nach den Umständen nicht möglich war, die Einwilligung des zu Behandelnden rechtzeitig einzuholen ohne Leben oder Gesundheit des Patienten ernstlich zu gefährden. Auch soll es sich um ein Antragsdelikt handeln und das Verbot ist ermäßigend, in besonders schweren Fällen von einer Strafe abzuweichen. Der Vorsitzende, Hr. Rahl (Dov.) betonte, die

Kerzeforschung habe gegen diesen Paragraphen 281 schriftlich Bedenken geäußert, mit der Begründung, es könnte in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck entstehen, als wäre die eigenmächtige Heilbehandlung eine alltägliche Sache. Dagegen begründete Hr. Dr. Rades (Zos.) den Paragraphen, der u. a. den Zustand bereitstellt, daß der Patient in Krankenhäusern zum willenlosen Objekt der Kerze werde. — Hr. Gumminger (Dov. Sp.) legte einen auch vom Zentrum unterstützten Antrag vor, die Abtreibungsbestimmungen aus § 281 zu streichen, weil der Reichstag nicht Herr sein solle über die Frucht im Mutterleibe. Oberreichsanwalt Ebermayer widersprach dem. Weiterberatung Freitag.

## Erneute Vorstellungen Sachsens in Berlin.

Von der sächsischen Staatskanzlei wird mitgeteilt: Wegen der Einrichtung einer Luftfahrtslinie Modau-Berlin ist die sächsische Regierung durch den Wirtschaftsminister Dr. Krug von Nidda erneut beim Reichsverkehrsminister vortrefflich geworden. Dieser hat sich bereit erklärt, den Flugverkehr zur Messe über Modau soweit wie irgend möglich zu fördern, will im übrigen aber seinen ablehnenden Standpunkt wegen des Linienverkehrs von Modau nach Berlin unverändert erhalten. Bei dieser Gelegenheit hat Minister Dr. Krug von Nidda auch die Vertretung Sachsens im Verwaltungsrat der Reichsbahn zur Sprache gebracht. Es ist mit Sicherheit festzustellen, daß Sachsen im Verwaltungsrat nach Freiverwerden der jetzt von Ausländern besetzten Sitze eine Vertretung erhält.

## Kommunistenüberfall auf eine nationalsozialistische Versammlung.

20 Personen verletzt.

Neumünster. (Telunion.) Aus Anlaß einer Donnerstag abend von den Nationalsozialisten nach Tonhalle einberufenen Versammlung unternahm Kommunisten verhaftet durch eine große Anzahl mit verbotenen Rotfrontuniformen besetzter auswärtiger S. trupp eine Gegenüberhebung. Ein Marsch der Gruppenkolonnen durch die Hauptstrahlen der Stadt unter Aufsicht aufsteigender Heber ging dem Überfall voraus. Bis 8 Uhr kurz vor 20 Uhr die Tonhalle erreicht hatte, stürmte ein Trupp von etwa 200 Kommunisten mit Gewichte in die Saal. Da die Versammlung noch nicht begonnen hatte, waren erst 20 Nationalsozialisten anwesend. Diese wurden von den Kommunisten niedergeschlagen und zum Teil schwer verletzt. Die sofort herbeigerufenen Polizei räumte den Saal und nach Eintreffen von Verstärkungen aus Riefa auch die Umgebung der Tonhalle. Unter dem Schutz der Polizei wurde später die Versammlung abgehalten.